

Ihr/e Gesprächspartner/-in:

Dr. Johann Kalliauer
Mag.^a Bernadette Hauer

Präsident der AK Oberösterreich
Leiterin der Abteilung Bildung,
Jugend und Kultur

**Zerreißprobe Kinderbetreuung:
Oberösterreich hat großen Aufholbedarf**

Online-Pressekonferenz
Montag, 15. März 2021, 11 Uhr
Arbeiterkammer Linz

Die vergangenen zwölf Monate haben eindrucksvoll und schonungslos aufgezeigt, wie wichtig und systemrelevant Schulen, Kindergärten, Krabbelstuben und Horte sind – als Bildungseinrichtungen, als Orte der qualitätsvollen Kinderbetreuung und für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Oberösterreich hat aber großen Nachholbedarf beim institutionellen Angebot.

Nicht nur soziale und pädagogische Angebote für die Kinder, wie etwa das Spielen mit Gleichaltrigen, Bewegung, Spracherwerb sowie Lernen und Wiederholen in der schulischen Nachmittagsbetreuung, sind wichtige Funktionen einer guten Kinderbetreuung, sondern sie gibt Eltern auch die Möglichkeit, arbeiten zu gehen.

Oberösterreich im Bundesländer-Vergleich abgeschlagen

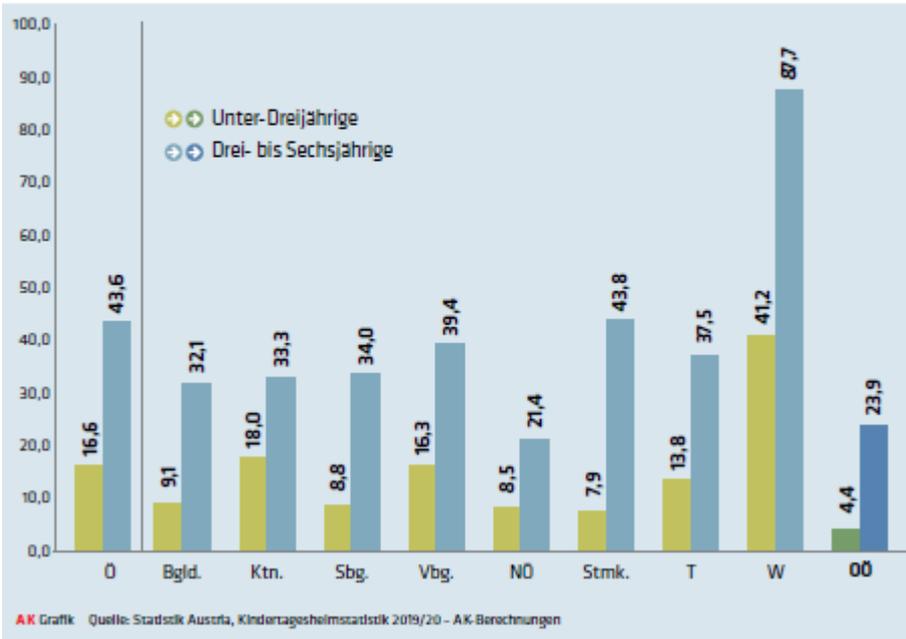
Ein gut ausgebautes Netz an Kinderbetreuungseinrichtungen ist Voraussetzung für die Erwerbstätigkeit von Müttern und Vätern. Dafür ist es nötig, dass das Angebot den Kriterien zur Vereinbarkeit von Familie und Vollzeit-Job entspricht. Der VIF-Indikator (45 Stunden offen von Montag bis Freitag, an vier Tagen pro Woche mindestens 9,5 Stunden geöffnet, warmes Mittagessen, maximal fünf Wochen pro Jahr geschlossen) bewertet Kinderbetreuungseinrichtungen anhand dieser Kriterien (VIF = Vereinbarkeitsindikator für Familie und Beruf). Oberösterreich ist im Bundesländer-Vergleich hier deutlich abgeschlagen.

Bei den Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren nimmt Oberösterreich im Bundesländer-Vergleich den letzten Platz und bei den Drei-bis-Sechsjährigen den vorletzten Platz ein. Lediglich für 23,9 Prozent der Drei- bis Sechsjährigen und gerade einmal für 4,4 Prozent der Unter-Dreijährigen gab es in Oberösterreich im Kindergartenjahr 2019/20 einen vollzeittauglichen Betreuungsplatz. Damit liegt Oberösterreich bei den Drei- bis Sechsjährigen um 20 Prozentpunkte und bei den Unter-Dreijährigen um 12,2 Prozentpunkte unter dem Bundesdurchschnitt.

Eine Frage des politischen Willens

Dass der Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen eine Sache des politischen Gestaltungswillens ist, zeigt Vorarlberg: Hier stieg der Anteil der VIF-konformen Plätze für Drei- bis Sechsjährige zwischen 2017 und 2019 von 26,5 auf 39,4 Prozent. Im selben Zeitraum stagnierte der Anteil in Oberösterreich bei knapp unter 24 Prozent.

VIF-KONFORME KINDERBETREUUNG IN ÖSTERREICH
 ANTEIL DER UNTER-DREIJÄHRIGEN BZW. DREI-BIS SECHSJÄHRIGEN IN VOLLZEITTAUGLICHER BETREUUNG
 AN ALLEN KINDERN DER JEWEILIGEN ALTERSGRUPPE, IN PROZENT



Bei der Betreuungsquote bei Kindern unter drei Jahren hat Vorarlberg Oberösterreich längst überholt: Zwischen 1995 und 2019 stieg diese im Ländle von 0,3 auf 27,7 Prozent, in Oberösterreich von 2,4 auf 17,8 Prozent. Vom Barcelona-Ziel der EU, das bis zum Jahr 2010 eine Betreuungsquote für Unter-Dreijährige in der Höhe von 33 Prozent vorsah, ist Oberösterreich auch mehr als ein Jahrzehnt später um Lichtjahre entfernt.

Öffnungszeiten nicht mit Vollzeitarbeit kompatibel

In einer anderen Kategorie ist Oberösterreich hingegen ganz vorne – nämlich beim Anteil an Kinderbetreuungseinrichtungen, die vor 16 Uhr schließen: Während in ganz Österreich ein Drittel der Kindergärten und Krabbelstuben vor 16 Uhr schließt, sind es in Oberösterreich 61 Prozent. Sechs von zehn Kinderbetreuungseinrichtungen in ganz Österreich bieten mindestens neun Stunden Betreuung an, in Oberösterreich tut dies nur etwas mehr als ein Viertel. Für die betroffenen Eltern ist es nahezu unmöglich, einen Vollzeit-Job auszuüben.

In ganz Oberösterreich haben nur fünf von 1.247 Kinderbetreuungseinrichtungen länger als zwölf Stunden pro Tag geöffnet, das sind 0,4 Prozent. Zum Vergleich: In Salzburg sind es sechs Prozent.

Gleichzeitig verlangen die Arbeitgeber von ihren Beschäftigten mehr Flexibilität: Zwölf-Stunden-Arbeitstage, 60-Stunden Woche, ständige Erreichbarkeit, maximale Mobilität.

Ähnlich düster sieht die Lage bei den Schließtagen in Krabbelstuben, Kindergärten und Horten aus. Rund 56 Prozent der oberösterreichischen Kindergärten und Krabbelstuben haben weniger als 47 Wochen pro Jahr geöffnet. Zum Vergleich: In Vorarlberg sind es nur 33 Prozent der Kindergärten und 17 Prozent der Krabbelstuben.

Kinderbetreuungseinrichtungen bleiben in Oberösterreich im Schnitt 27 Tage im Jahr geschlossen, österreichweit sind es 21 Tage. Rund die Hälfte aller Kinderbetreuungseinrichtungen in Oberösterreich sind mehr als 30 Tage – und somit länger als sechs Arbeits- oder Urlaubswochen – im Jahr geschlossen. Für viele Familien ist das auch in Normalzeiten eine Herausforderung und Belastung – in der Corona-Krise erst recht. Großeltern, die in solchen Fällen normalerweise aushelfen, fallen ja momentan als Betreuungspersonen aus.

Nachmittagsgebühren verbauen den freien Zugang zu früher Bildung

Seit 1. Februar 2018 gibt es in Oberösterreich wieder einen Elternbeitrag für die Nachmittagsbetreuung in einer Spannbreite von 44 bis 114 Euro pro Monat und Kind. Der Effekt war klar sichtbar: Pro Wochentag wurden rund 28 Prozent der Kinder aus der Nachmittagsbetreuung genommen. In den Jahren 2018 und 2019 wurden in Oberösterreich nur mehr rund 38 Prozent der Kinder ganztägig im Kindergarten betreut – vor Einführung der Gebühren waren es 50 Prozent. Der Zugang zu früher Bildung wurde eingeschränkt und der Kindergarten als elementare Bildungseinrichtung geschwächt.

Gerade jetzt in der Krise werden die Nachmittagsgebühren als eine weitere finanzielle Belastung für die ohnehin strapazierten Familieneinkommen wahrgenommen. Dass es auch ganz anders geht, zeigen übrigens Wien und das Burgenland: Dort werden auch bei ganztägigem Besuch für Kinder zwischen null und sechs Jahren keine Gebühren eingehoben.

Corona: Deutlich mehr Förder- und Aufholbedarf bei vielen Kindern

Viele Eltern haben aktuell große Angst um die Bildungschancen ihrer Kinder: Aus drei Umfragen, die vom Institut für Erwachsenenbildungsforschung (IBE) im Auftrag der Arbeiterkammer Oberösterreich im Laufe des Jahres 2020 durchgeführt wurden, geht hervor, dass sich die Eltern neben dem Ausbau der digitalen Infrastruktur an Schulen (90 Prozent) und kostenloser Förderung während des Schuljahres (95 Prozent) sowie in den Ferien (85 Prozent) mehr Angebote an Nachmittagsbetreuung (83 Prozent) und an Ganztagschulen (59 Prozent) wünschen.

In Oberösterreich mangelt es an Ganztageschulen

Echte, verschränkte Ganztageschulen mit einem qualitätsvollen Angebot von Förderung, Unterricht, Freizeit und Sport sind in Oberösterreich nach wie vor sehr selten. Dabei wird diese Schulform vor allem wegen ihres hohen Potentials an Förderung und Persönlichkeitsentwicklung von vielen Eltern sehr geschätzt.

2016 wurde im Bildungsinvestitionsgesetz geregelt, dass die Schulerhalter bis zum Jahr 2025 vom Bund 750 Millionen Euro für die Verbesserung des Angebots an ganztägigen Schulen zur Verfügung gestellt bekommen. Zwei Jahre später wurde der Zeitraum für die Zuwendungen bis 2032 gestreckt – und somit der dringend erforderliche Ausbau ganztägiger Schulformen deutlich verlangsamt.

Das aktuelle Ziel, bis 2022 für 40 Prozent der Schüler/-innen im Pflichtschulalter einen Betreuungsplatz in einer Schule oder in einem Hort sicherzustellen, ist daher unrealistisch. In Oberösterreich gibt es für rund 28 Prozent der Pflichtschüler/-innen eine Nachmittagsbetreuung. Erschwerend kommt hinzu, dass ab 2022 eine Kofinanzierung nötig wird – dann dürfen aus diesen Bundesmitteln nur noch maximal 70 Prozent der Höchstbeiträge für Infrastruktur oder Personal eingesetzt werden. Es ist zu befürchten, dass den Rest die Eltern über höhere Nachmittagsgebühren beisteuern müssen.

Ein flächendeckendes gutes Fundament in der elementaren Bildung sowie ganzheitliche, ganztägige Schulen, die allen Kindern ein vielfältiges und qualitätsvolles Programm bieten, sind eine Antwort auf Lerndefizite von Kindern und dienen auch der Bekämpfung der Kinderarmut. Dafür ist nicht zuletzt die Schulfinanzierung nach dem Model des AK-Chancenindex notwendig.

Forderungen der Arbeiterkammer Oberösterreich

Egal, ob bei den Kinderbetreuungsplätzen für Unter-Dreijährige oder beim Ausbau ganztägiger Schulformen – es zeigt sich ein eindeutiges und durchgängiges Muster: Oberösterreich erreicht keines der vorgegebenen Ziele und hinkt in fast allen Vergleichen weit hinten nach. Das muss sich ändern. Darum fordert die AK:

- einen raschen Ausbau der Kinderbetreuungsangebote in Oberösterreich: Es braucht mehr Plätze, vor allem für Kinder unter drei Jahren, und mehr Kinderbetreuungsplätze, die mit einer Vollzeitarbeit vereinbar sind.
- die Rücknahme der Elternbeiträge für die Nachmittagsbetreuung ab dem 30. Lebensmonat bis zum Schuleintritt
- die Schaffung bundesweit verbindlicher Qualitätsstandards in Kinderbetreuungseinrichtungen: Wichtig sind insbesondere Verbesserungen bei der Sprachförderung und beim Personalschlüssel.
- einen Rechtsanspruch auf einen Platz in einer Betreuungseinrichtung ab dem zweiten Lebensjahr
- die Einführung eines zweiten verpflichtenden kostenlosen Kindergartenjahres für alle Kinder
- eine Ausbildungsoffensive für den Beruf der/des Kindergartenpädagogen/-in, Einbeziehung des Kollegs für Kindergartenpädagogik in das bestehende Fachkräftestipendium
- Initiativen von Bund und Land Oberösterreich zur nachhaltigen Finanzierung und zum raschen Ausbau ganztägiger Schulen. Zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss sichergestellt werden, dass auch in den Ferien ein Anspruch auf einen Hortplatz bzw. eine Ferienbetreuung besteht.
- die Schaffung eines Rechtsanspruches für Eltern, dass ihre Kinder bei individuellem Bedarf in einer verschränkten Ganztagschule untergebracht werden können.
- eine bedarfsgerechte Zusatzfinanzierung für Schulstandorte mit besonderen sozialen Herausforderungen und pädagogischen Förderbedarfen.